

Politik *heute*

Nachrichten aus Politik und Wirtschaft

Die Rückkehr zur Planwirtschaft

Als der langjährige DDR-Staatspräsident Erich Honecker nach der deutschen Wiedervereinigung in Berlin das Flugzeug nach Chile, seinem Exil, bestieg, erklärte er lachend: „Nun kommt der Sozialismus auch nach dem Westen.“ Kaum jemand, Kommunisten und Linksextreme ausgenommen, nahm das damals ernst. Auch seine Pension wurde dem Oberhaupt eines Verbrecher-Regimes brav überwiesen.

Der Sozialismus östlicher Prägung hat sich im Westen etabliert. Gesellschaftspolitisch - doch das ist ein anderes Thema - und wirtschaftspolitisch. Die freie Marktwirtschaft ist in Teilbereichen längst außer Kraft gesetzt. Ein Paradebeispiel dafür ist die Energiepolitik. Nach dem Fall des Eisernen Vorhanges stellten unsere Politiker fest, daß wir keine neuen Kraftwerke brauchen, da die Tschechen froh wären, wenn wir ihren Stromüberschuß kaufen würden. Doch die Tschechen hatten keinen Überschuß, sie hätten Strom zukaufen müssen, wofür ihnen aber das Geld fehlte. Daraufhin forderten die Grünen eine österreichische Sondersteuer, um den Tschechen ihre Stromimporte zu bezahlen(!) Soviel zur Kompetenz der Grünen, aber auch unserer Politiker.

Es hat sich nichts geändert. Der Importüberhang liegt derzeit bei 10 Prozent und wird sich bei Fortsetzung der derzeitigen Energiepolitik bis 2020 auf 30 und bis 2030 auf 50 Prozent erhöhen. Je teurer alternative Energieträger sind, desto höher die Förderung. Gleichzeitig wird der Ausbau der Wasserkraft weiterhin verhindert. In Oberösterreich hat man dafür dem grünen Landesrat zum zweiten Mal Energie und Umwelt übergeben. Als die Energie noch unsicher war, meinte er: „Die sollen sich nicht zu früh freuen, die Umweltverträglichkeitsprüfung liegt bei mir.“

Wir müssen froh sein, vom tschechischen Kernkraftwerk Temelin Strom zu bekommen und geben jährlich Millionen für dessen Bekämpfung aus. Steuergeld erhalten nicht nur diverse Vereine, das große Geld fließt zum „Beauftragten für grenznahe Atomwerke“ Radko Pavlowec mit Büros in Linz und Prag und dem Vernehmen nach 20 Mitarbeitern. Eine Steuergeld-Vernichtungsabteilung der oberösterreichischen Landesregierung.

Kein Land könnte uns Strom ohne seine Kernkraftwerke liefern. Warum hat man nicht den Mut, die grenzüberschreitenden Stromleitungen zu kapfen, damit nicht weiterhin böser Atomstrom unser Land verseucht. Für unsere Haushalte reicht unsere Produktion auch bei Niedrigwasser, die energieintensive Industrie wird in diesen Wochen geschlossen und das selbstverständlich mit voller Lohnfortzahlung. Das wäre eine ehrliche grüne Politik. Wenn wir die stromfressende Industrie endlich aus Österreich vertrieben haben, dann brauchen wir wirklich keine neuen Kraftwerke mehr.

Inhalt

Deutsche Steuerzahler sollen Griechenland helfen

Isländer gegen Rückzahlung ausländischer Sparguthaben

Energiewende

Das Dilemma mit den Iran-Sanktionen

**Totalschaden beim IPCC
Das Märchen vom bösen CO2**

Der Einfallsreichtum mancher Politiker in den westlichen Demokratien beim Suchen nach Maßnahmen, mit denen dem Wähler gezeigt werden könnte, wie sehr sein Wohl ihm am Herzen liegt, scheint unerschöpflich. Es sind ja nicht nur neue Möglichkeiten, auf die der Bürger gerne verzichten würde, sondern oft fallen Politikern auch Maßnahmen ein, mit denen dem Bürger kategorisch etwas vorenthalten wird. *Helmut Schoeck*

Der aktuelle Klimaschwindel ist das bestürzendste und gefährlichste Beispiel dafür.

Zeitbühne und Politik heute können Sie ausschließlich als Abo per Post bzw. Internet beziehen

**Abo Zeitbühne Druckausgabe 18,-
Abo Ausland 26,-
Abo Internetausgabe
identisch mit Druckausgabe 12,-
Politik heute nur über Internet 10,-**